

Impfskeptikerin lässt Ärztin verzweifeln

Erst war die Budgetdebatte des Landrats ein Klimagipfel, dann ein emotionaler Corona-Schlagabtausch. Finanzen rückten in den Hintergrund.

Michael Nittnaus

Als Präsidentin der landrätlichen Finanzkommission hatte Laura Grazioli sich während der epischen Debatte um den Baselbieter Aufgaben- und Finanzplan 2022–25 lange bemüht, ihre persönlichen Ansichten zurückzustellen. Doch als die an sich unbestrittenen Anträge der Regierung an der Reihe waren, die das Budget wegen der Aufwendungen zur Bewältigung der Coronakrise aufstocken wollten, hielt es die bekennende Impfskeptikerin nicht mehr aus und richtete sich in einem persönlichen Statement ans Plenum. Der Auslöser war der Entscheid Basellands vom Mittwoch, die wöchentlichen Reihentests an den Schulen ab dem 3. Januar zur Pflicht zu erklären und eine Maskenpflicht ab der ersten Primarklasse einzuführen. Die Sissacher Grüne redete Klartext: «Es ist mittlerweile erwiesen, dass Kinder bei einer Covid-Erkrankung kaum schwere Verläufe haben. Wenn es bei den Verschärfungen um den Schutz der Erwachsenen geht, scheint der Schutz durch die Impfung nicht zu funktionieren. Man sucht also Sündenböcke, um ein Narrativ zu retten, das nicht mehr zu retten ist.»

Grazioli stellte sich daher gegen den Budgetantrag der Regierung, dem Amt für Gesundheit 666 666 Franken für die Fortführung des wöchentlichen «Breiten Testens» für 2022 zuzusprechen. Zuvor hatte sie auch 3,3 Millionen Franken für zusätzliche Kosten des Impfzentrums Muttenz sowie mobiler Impfeinheiten abgelehnt, die vor allem durch die Booster-Offensive anfallen. Beide Regierungsanträge wurden am Ende von einer grossen Landratsmehrheit getragen, doch Grazio-



Ab dem 3. Januar 2022 gilt an Baselbieter Schulen die wöchentliche Coronatestpflicht.

Bild: Gaetan Bally/Keystone (19. Mai 2021)

lis Votum wollten einige Landrätinnen nicht so stehen lassen.

Die Ärztin Christina Jeanneret (FDP) hielt dagegen: «Ich bekomme hier Wallungen. Was ich

«Ich bekomme hier Wallungen. Was ich gerade gehört habe, sind leider Fake News.»

Christina Jeanneret
FDP-Landrätin und Ärztin

gerade gehört habe, sind leider Fake News. Mir reicht, was ich jeden Tag im Spital sehe. Ohne eine Testpflicht kommen wir nicht weiter. Wie kann sonst eine immunsupprimierte Mutter geschützt werden, wenn ihr Kind das Virus aus der Schule mitbringt?» Noch emotionaler reagiert SP-Landrätin und Kindergartenlehrerin Miriam Locher: «Ich als Lehrkraft bin sehr froh über die stärkeren Massnahmen. Es ist eine Tatsache, dass Kinder das Virus mit nach Hause nehmen und Angehörige anstecken. Ich kenne einen Fall aus einem anderen Kindergarten, bei dem sich so eine Grossmutter infizierte – und leider verstarb.» Solche Fälle gelte es mit den Reihentests und der Maskenpflicht zu verhindern.

Ausserdem würden die Spucktests Kinder nicht belasten.

Elf Landräte lehnten Gelder für weitere Reihentests ab

Auch Lehrerin Anita Biedert (SVP) rief in den Saal: «Nehmt es ernst, an den Schulen ist die Lage dramatisch. Wir Lehrer haben auch Schutz verdient.» Rachel Bänziger (Grüne) fragte, was denn die Alternativen seien, und antwortete gleich selbst: Fernunterricht. Und das gelte es zu verhindern. Grazioli blieb grundsätzlich bei ihrer Haltung, machte aber doch ein Zugeständnis, indem sie sagte: «Ich weiss, dass Impfungen zur Lösung beitragen können.» Allerdings schob sie nach, dass eine Impfung nicht vor Übertragung schütze und die Wirkung rasch verliere.

Unterstützung erhielt Grazioli von Reto Tschudin (SVP), der ebenfalls grosse Mühe bekundet mit der Testpflicht: «Ich zweifle an der Durchsetzbarkeit und sehe keinen Mehrwert.» In einem zweiten Votum stellte er aber klar, dass er die Coronaimpfung unterstütze: «Erwachsene Ungeimpfte sind das Problem, man soll das nicht auf die Kinder abwälzen.» Am Ende lehnten immerhin elf Landrätinnen und Landräte den Betrag fürs Breite Testen ab, neben Grazioli vor allem Vertreter der SVP und FDP, 69 stimmten aber zu, dies bei drei Enthaltungen. Wie schon am Vortag beim zum Klimagipfel verkommenen ersten Teil der Budgetdebatte blieb der Widerstand – so emotional er auch war – also chancenlos.

Rückweisung blieb chancenlos

Budget Die Landratsdebatte zum Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2022–25 zog sich vom Mittwochnachmittag bis weit in die Donnerstagssitzung hinein. Am Ende stand Finanzdirektor Anton Lauber aber mit einem komfortabel abgesegneten AFP da: 82 Ja-Stimmen standen nur eine Gegenstimme und drei Enthaltungen gegenüber, allesamt von Vertretern der Grünen. Mit 14 Ja- zu 63 Nein-Stimmen bei sieben Enthaltungen war deren Rückweisungsantrag zuvor chancenlos geblieben. Die Grünen wollten den AFP an die Regierung mit dem Auftrag zurückweisen, 50 Millionen Franken für den Klimaschutz neu einzustellen (bz berichtete). Einige wenige Spler äusserten zwar Sympathien und bedankten sich für den «guten Denkanstoss», enthielten sich aber dann doch.

So darf Lauber für das Budgetjahr 2022 mit einem Ertragsüberschuss von 2,5 Millionen Franken planen, wobei einem Aufwand von 2991,8 Millionen ein Ertrag von 2994,2 Millionen gegenübersteht. Grösste Veränderung zur Version der Finanzkommission sind zusätzliche 90 000 Franken, damit für die Sicherung der Fortifikation Hauenstein ein Massnahmenplan und eine Dokumentation erarbeitet werden können. Ausserdem erhalten die beiden Jobsharing-Ombudsfrauen zwar eine 50-Prozent-Sekretariatsstelle für 62 000 Franken zur Seite gestellt, der Landrat verwehrte ihnen aber eine Aufstockung der eigenen Pensen von 50 auf jeweils 60 Prozent, was 31 000 Franken Einsparungen brachte. (mn)